

Die Doktormacher

So sehr manche Menschen mit ihren Titeln protzen, so verschwiegen ist das Geschäft damit: Berater vermitteln zahlungskräftige Kunden nach Osteuropa oder Südamerika, Ghostwriter schreiben die Arbeiten, und auch Professoren in Deutschland verdienen zuweilen mit.



ANDREE / ULLSTEIN BILD

Bibliothek der Berliner Humboldt-Universität: Viel Geld wird gegen vermeintliche Ehre getauscht

Der Weg zum Titel führte Michael Mersch mit dem Flugzeug von Hamburg nach Bratislava, dann 30 Kilometer weiter mit dem Bus nach Osten. Willkommen in Sládkovičovo, einem slowakischen Städtchen mit rund 6000 Einwohnern, einem nicht ganz unbekanntem Thermalbad und neuerdings auch einer Hochschule.

Sie war das Ziel des Rechtsanwalts und seiner ungewöhnlichen Reisegruppe aus Deutschland: gut zwei Dutzend Akademiker, alle ohne Dokortitel und alle guter Hoffnung, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern würde. Mehrere tausend Euro hatte Mersch, 58, an eine Promotionsberatung gezahlt, um an die slowakische Privathochschule geführt zu werden, die Berater sind spezialisiert auf Menschen mit unerfülltem Titelwunsch.

„Denken Sie bitte an die Kleiderordnung“, hatten sie ihm geschrieben, „die Herren werden mit Anzug/Kombi erwartet.“ Vorzubereiten sei ein kleiner Vortrag über das gewählte Forschungsthema, „möglichst auf Englisch“. An den Sprachkenntnissen solle es nicht scheitern: „Sofern Sie hier Schwierigkeiten haben, steht Ihnen ein Dolmetscher zur Seite.“ Alles schien bereit, alles schien perfekt an diesem Montag im Oktober 2009.

Doch heute, anderthalb Jahre später, sitzt Mersch ernüchtert in seiner Kanzlei, ein erfahrener, ehrbarer Anwalt, noch im-

mer ohne Dokortitel und nun auch ohne Hoffnung. Die Versprechungen hätten sich als falsch herausgestellt, das Thema habe er doch nicht frei wählen dürfen, das Verfahren sollte plötzlich viel länger dauern, er sei betrogen worden und einer „Bauernfängerei“ aufgesessen. Den Vertrag mit der Beratung hat er angefochten, als Anwalt weiß er ja, wie das geht.

Mersch hat sich losgesagt von seinem Titeltraum und den Leuten, die ihm bei der Erfüllung helfen sollten. Auf einem teils versteckten Markt wird viel Geld gegen vermeintliche Ehre getauscht. Fünfstellige Summen kassieren Promotionsberater von den Kandidaten, die nicht ohne Hilfe in Deutschland promovieren können oder wollen, etwa weil ihre Abschlussnote zu schlecht oder ihnen der Aufwand zu groß ist.



MANFRED WITZ / DER SPIEGEL

Rechtsanwalt Mersch
„Bauernfängerei“ aufgesessen

Auf dem sonst langen Weg zum Titel verheißten die Berater ungezählte Schleichwege und Abkürzungen. Manche sind legal, andere nicht, viele führen über Osteuropa, einige über Mittel- oder Südamerika, mal sollen nur Kontakte vermittelt, mal ganze Arbeiten geschrieben werden. Das klingt nicht immer seriös und ist es auch nicht, aber manche Studierende hören die Versprechungen nur allzu gern. Sie wollen nicht länger zu den anonymen Akademikern gehören, denen der Studienabschluss nicht anzusehen ist, wenn sie ihren Personalausweis vorlegen.

Für zwei Buchstaben und einen Punkt vor ihrem Vornamen vertrauen sie sich und ihr Geld den Doktormachern an. Getrieben werden sie nicht nur von Eitelkeit, sondern auch von Kalkül. Ärzten oder Anwälten verspricht der Dokortitel ein höheres Einkommen, weil er Kompetenz suggeriert und Kundschaft anzieht, und auch Managern kann er nutzen, als Karrierebeschleuniger.

Von den Medizinern und Chemikern haben ihn ungefähr drei Viertel, bei den Juristen ist es immerhin jeder Siebte. Insgesamt tragen mehr als eine Dreiviertelmillion Menschen in Deutschland den Titel. Und Tausende scheinen schwer daran zu tragen, dass sie nicht dazugehören, mancher gar so schwer, dass er sich seine Arbeit lieber hier und da zusammenschreibt, auch wenn er dann später nicht nur den Titel,

damit Verwirrung unter den Wählern der CDU gestiftet habe. Diese Kritik ließ Umweltminister Röttgen gestern in Aachen

chen, war damit jedoch am Wirtschaftsdingel der eigenen Partei und an der FDP gescheitert. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ hatte er damals

Verlag (Zentrale):
Telefon: 0241/5101-0
Redaktion:
Telefon: 0241/5101-310



Hochschule im slowakischen Sládkovičovo: Spezialisiert auf Menschen mit Titelwunsch

sondern auch noch ein Bundestagsmandat und ein Ministeramt abgeben muss.

Wie das Geschäft der Promotionsberater abläuft, wie zahlungskräftigen Kunden großzügige Doktorväter aus der ganzen Welt offeriert werden, zeigt der Fall des Rechtsanwalts Michael G. „Ich wollte einen seriösen Weg gehen“, beteuert der Anwalt. Nur: In Deutschland habe er keine Chance gehabt, sein Examen sei zu schlecht, zudem habe er nie wissenschaftlich gearbeitet, die angesprochenen Professoren hätten sein Gesuch abgelehnt.

Da kam eine Anzeige des Internationalen Akademischen Austauschdienstes aus Hamburg gerade recht, veröffentlicht in der hochseriösen „Neuen Juristischen Wochenschrift“, der wichtigsten Zeitschrift für Juristen. Der Anwalt ließ sich Informationen schicken, wog alles ab. In nur einem Jahr könne er den Titel von der Universität Posen in Polen bekommen, sei ihm versprochen worden. Allerdings müsse er unbedingt innerhalb von zwei Tagen den Vertrag unterschreiben, die Einschreibefrist laufe ab.

Michael G. ließ sich drängen, wie er sagt, und das habe er schnell bereut. Wenig später habe das Verfahren drei Jahre dauern und alles zusammen rund 30 000 Euro kosten sollen, mehr als gedacht. Und es sei auch nicht mehr sicher, dass er seine Arbeit auf Deutsch einreichen und die mündliche Prüfung auf Deutsch ablegen könne. Der Anwalt beschwerte sich, die Firma schrieb entschuldigend von „einer Verkettung unglücklicher Missverständnisse und Änderungen des Verfahrens, die wir leider nicht in unserem Sinne beeinflussen konnten“. Und sie machte gleich zwei Vorschläge zur Güte.

Nummer 1: Costa Rica statt Polen. Dank exzellenter Kontakte sei es „möglich, auch fachfremden Kandidaten einen Ph.D. zu vermitteln“, also einen angelsächsischen Titel, für maximal 100 Seiten Dissertation und pauschal 15 000 Euro Gebühren. „Die Urkunde wird 3 Wochen

nach Abgabe der Dissertation ausgestellt“, schrieben die Berater.

Nummer 2: Mexiko. Ein Ehrendoktor, abgekürzt Dr. h. c., zum „Vorzugspreis von 20 000 Euro“. Man würde einfach „eine Laudatio erstellen und dem wissenschaftlichen Rat unserer Partneruniversität in Mexico vorstellen“. Auch hier sollte die Lieferung allerschnellstens erfolgen, „die Urkunde würden Sie bereits im Januar 2011 in Ihren Händen halten“.

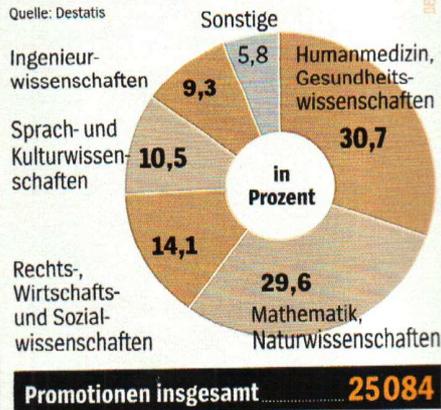
Gleich zwei tolle Angebote auf einmal also. Aber Anwalt G. hatte das Vertrauen verloren und wollte den Vertrag kündigen. Die Promotionsberatung gab ihren Kunden freilich nicht einfach auf und offerierte unverzüglich die nächste Möglichkeit. Nun wieder Europa und wieder für knapp 20 000 Euro: Bratislava, Slowakei. Schon in rund zwei Wochen könne sich G. einschreiben, dann die Arbeit einreichen und nur sechs Wochen später zur „Verteidigung“ erscheinen, einer mündlichen Prüfung, wie sie ein klassisches Promotionsverfahren vorsieht.

Anwalt G. aber zweifelte an der Seriosität und bat um eine Aufhebung des Ver-

Titelträger

Promotionen in Deutschland 2009, nach Fächergruppen

Quelle: Destatis



trags. Die Berater boten an, ihm die Hälfte zurückzuzahlen, 4250 Euro, aber ganz aufgeben mochten sie ihren potentiellen Kunden noch immer nicht. Gleich am nächsten Tag unternahmen sie einen weiteren, allerletzten Anlauf. Wieder ein neuer Vorschlag, wieder ein neues Land: Zypern. Michael G. lehnte ab.

Die Promotionsberatung will den Fall nicht kommentieren, gemäß den „Beratungsverträgen gibt es eine Verschwiegenheitsklausel“, heißt es in einer Stellungnahme. In allgemeinen Worten pocht die Beratung darin auf Seriosität: Die Kandidaten säßen einem Irrtum auf, wenn sie glaubten, sie könnten in Osteuropa „einfach 100 banale Seiten abliefern“, die „als Dissertation durchgewunken“ würden.

Und dass Michael G. sich beschwert? „Natürlich gibt es eine Unzufriedenheitsquote, die allerdings sehr gering ist“, schreibt die Beratung. „Beim SPIEGEL gibt es doch auch Abonnementskündigungen, Fußballclubs laufen die Fans weg, Parteien und Kirchen verzeichnen Kündigungen, man wechselt den Arzt, Steuerberater, Rechtsanwalt oder die Bank.“

Der Vergleich zeigt, dass die Branche auf keinen Fall in der Schmutzdecke stecken will. Alles legal – diesen Eindruck erwecken Promotionsberater gern und liegen damit erst einmal nicht falsch. Wenn die Berater wirklich nur den Kontakt zu einer Fakultät oder einem Doktorvater im Ausland herstellen, der Kandidat dann aber seine Arbeit selbst schreibt, die Professoren sich nicht bestechen lassen und das Verfahren auch sonst ordnungsgemäß abläuft, dann handelt es sich um eine legale Zusammenführung von Doktorvater und Doktorsohn.

Nicht erlaubt hingegen: mit Titeln zu handeln, also den Doktor gegen eine Geldzahlung zu verleihen. Dazwischen liegt eine große Grauzone, in der auch juristisch vieles umstritten und manches in Bewegung ist. Die Universität Hannover etwa fordert nun von Bewerbern eine Versicherung, nicht die Dienste eines Vermittlers genutzt zu haben. Es ist eine Reaktion auf einen der größten Wissenschaftsskandale der vergangenen Jahre, die Geschäftspraktiken des Instituts für Wissenschaftsberatung in Bergisch Gladbach.

Mehr als 20 Jahre lang verhalfen die Berater ihren Kunden zum Dokortitel, ohne dass es eines Umwegs über das Ausland bedurfte. Die Berater schmierten Professoren in Deutschland, die gegen Entgelt von einigen tausend Euro die Betreuung auch schwacher Kandidaten übernahmen.

Ein hannoverscher Professor wurde wegen Bestechlichkeit zu drei Jahren Haft verurteilt, und die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelte später gegen rund 90 weitere Beschuldigte. Gut die Hälfte der Verfahren wurde bisher mit Strafbefehlen abgeschlossen oder gegen Zahlung einer

Geldauflage eingestellt. Das Erschrecken war groß, auch weil die Öffentlichkeit einmal von den Schmuddelpraktiken an deutschen Fakultäten erfuhr. Wie diskret solche Fälle sonst häufig abgewickelt werden, zeigt das Beispiel eines Würzburger Ordinarius. Seine Verfehlungen sind der Öffentlichkeit bis heute nicht bekannt, obwohl die Staatsanwalt schon 2009 einen Strafbefehl beantragt hat und dieser auch erlassen ist. Der emeritierte Medizinprofessor hat demnach von einem Promotionsvermittler mindestens sechsmal Geld bekommen, jeweils 1000 Euro pro Doktorand.

In früheren Jahren sollen auch Zahlungen über Umwege geflossen sein, einen Förderverein beziehungsweise einen Freundeskreis seines Instituts. Eine „Doktorfabrik“, wie es sie in Würzburg in den achtziger Jahren gegeben hatte, als der umstrittene Soziologe Lothar B. sein Promotionsunwesen trieb? Auch bei dem Medizinprofessor darf man System vermuten, aber bewiesen ist es nicht. Und einem Verdacht gingen die Ermittler gar nicht nach: dass der Professor manche Arbeiten gleich selbst geschrieben habe.

Es wäre die Kombination zweier unerlaubter Geschäftspraktiken, Promotionsgaunerei im Quadrat, wenn ein Professor einen Doktoranden gegen Entgelt betreut und ihm auch die Dissertation schreibt. Solches „Ghostwriting“ wird normalerweise nicht von Professoren betrieben, aber angeboten wird es auch in Deutschland allemal.

Joachim war einer dieser Geheimwissenschaftler. Er hat jahrelang als „Ghost“ sein Geld verdient; nun will er damit nichts mehr zu tun haben, darum besteht er darauf, dass sein Nachname nicht genannt wird. Tätig war er für eine große Agentur, vorweisen konnte er eine gute Referenz, seinen eigenen Dokortitel, ehrlich erworben in Germanistik. Das Unternehmen wirbt damit, dass es mit Splitzenabsolventen diverser Fachrichtungen zusammenarbeite und gar mancher Professor zu den Auftragsschreibern gehöre.

Die Kunden habe er normalerweise nicht kennengelernt, berichtet Joachim. Mehrmals im Monat habe er eine E-Mail der Agentur mit jeweils Dutzenden Angeboten erhalten. Das Thema wurde genannt, der Umfang, der Stand der Vorarbeiten und der Abgabetermin. Die Mitarbeiter konnten sich bewerben, die Agentur erteilte den Zuschlag. Bekam der Schreiber den Auftrag, verfasste er eine Gliederung, die über die Agentur den Auftraggeber erreichte. War der Doktor in spe zufrieden, begann der Ghostwriter mit der Ausarbeitung.

Das Ergebnis überflog ein Mitarbeiter der Agentur, heute werden die Arbeiten wohl zusätzlich mit einer Plagiatsoftware überprüft und erst dann dem Käufer

den übergeben. Für kleinere Werke kassierte Joachim nach seinen Angaben ein paar hundert Euro, für Diplom- oder Doktorarbeiten gab's auch schon mal mehr als 10 000 Euro.

Verboten ist das alles nicht, illegal wird's erst später: wenn der Käufer den Text als eigenen ausgibt. Die Texte seien „ausdrücklich als Entwurf zu Ihrer Anregung“ zu verstehen, heißt es deshalb auf der Website einer Berliner Textfabrik. Scheinheilig mahnt sie die Interessenten: „Mit Ihrer Auftragserteilung versichern Sie, den Ihnen gelieferten Text weder in Teilen noch als Ganzes eins zu eins in Ihrem Namen als eigene Prüfungsleistung bei einer Hochschule einzureichen.“

Was von solchen Klauseln zu halten ist, hat das Oberlandesgericht Düsseldorf festgehalten. Anlass für den Richterspruch war ein Rechtsstreit zwischen Ghostwritern. Der eine wollte dem anderen untersagen lassen, sich als „einer der Marktführer“ zu bezeichnen, der aber wehrte sich dagegen. Das Oberlandesgericht beendete den Geisterspuk. Der Geheimschreiber könne „nicht zu den Marktführern des wissenschaftlichen Ghostwritings gehören“, schon weil er nur „rechtlich missbilligte Dienstleistungen“ anbiete. Der Hinweis, dass die Arbeiten nur zu Übungszwecken zu verwenden seien, dürfte „von den Lesern der Internetseite nicht ernst genommen werden und auch nicht ernst gemeint sein“. Es sei schlicht lebensfremd, dass jemand mehr als 10 000 Euro für einen Übungstext zahle.

Wohl wahr. Aber solange das Leben ohne Titel für manche Leute schier unerträglich scheint, weil der Doktor in Deutschland so wichtig genommen wird, wird die Nachfrage für die verschiedenen Promotionsdienstleistungen nicht nachlassen. Wenn der Weg über Osteuropa schwieriger wird, weil die Europäische Union striktere Standards durchsetzt, werden andere Abkürzungen und Umwege gesucht. Die Angebote der Promotionsberater erscheinen vielen Menschen jedenfalls nur recht und billig.

„Das ist doch, wie 'ne Putzfrau zu engagieren“, sagt eine Unternehmensberaterin, die erst kürzlich einen Vertrag mit einem Promotionsprofi geschlossen hat, „warum soll ich mich denn selbst um den Kontakt zu einem Professor bemühen und um das ganze Drumherum kümmern.“ Sie werde rund 18 000 Euro bezahlen müssen und könne dafür an einer zypriotischen Universität promovieren, „das ist doch superbillig“.

In diesen Tagen fliegt sie erstmals nach Zypern, gemeinsam mit ihrer Freundin. Die will nun auch einen Titel.

BRUNO SCHREP,
MARKUS VERBET, ANDREAS WASSERMANN

LEBENSMITTEL

Holzknüppel und Rinderblut

Ein staatlicher Fleischkontrolleur deckte in den Schlachthöfen Baden-Württembergs offenbar schwere Missstände auf. Nun wollen ihn die Behörden loswerden.

Wer andere Leute kontrolliert, ist selten beliebt. Dass die Abneigung gegen einen „Ersten Landesprüfer für Vieh, Fleisch, Eier und Geflügel“ groß sein kann, durfte Heinrich Wehrlin, 55, deshalb kaum überraschen. Dass aus Abneigung aber auch Hass werden kann, weiß der baden-württembergische Kontrolleur spätestens seit einem Freitag im März 2006.

An diesem Tag sollte der ausgebildete Lebensmittelchemiker und Metzgermeister einen Schlachthof im Badischen kontrollieren. Dessen Chef habe ihn in das Kühlhaus geführt, sei plötzlich unter einem Vorwand verschwunden – und habe die Tür von außen zugeschlossen.

Wehrlin schrie, doch niemand hörte ihn. Sein Handy hatte keinen Empfang. In dem eiskalten und stockfinsternen Raum riss er sich an den blutigen Knochen der Rinderhälften, die von der Decke hingen, das Jackett auf. Er fror. Und weil es Freitagnachmittag war, bekam er langsam Todesangst. Was, wenn er bis zum Montag hier eingeschlossen bliebe?

Nach einer halben Stunde ging die Tür wieder auf. Draußen hätten die Mitarbeiter des Schlachthofs gestanden und gefeixt.

Wehrlin meldete den Vorfall seinen Vorgesetzten. Doch die hatten offensichtlich kein Interesse daran, den Fall aufzuklären. Sie wollten den unbequemen Kontrolleur lieber loswerden. Wehrlin soll als kranker Mann in den Ruhestand geschickt werden, denn seit diesem Vorfall leidet er unter anderem an einer posttraumatischen Belastungsstörung.

Doch der leitende Angestellte wehrt sich. Die Angelegenheit liegt nun beim Arbeitsgericht Freiburg. Und was dort bekannt wurde, wirft – wenig überraschend – kein gutes Licht auf die deutsche Fleischwirtschaft. Da werden alte Kühe schon mal zu jungen Kälbern umdeklariert, da knüppeln Arbeiter auf wehrlose Tiere ein, da werden grundlegende Hygienebestimmungen massiv missachtet. Vor allem zeigt der Fall Wehrlin, wie sehr der Erfolg der Lebensmittelüberwachung von der Unabhängigkeit der Kontrolleure abhängt.

Für Wehrlin begannen die Schwierigkeiten im April 1996. Damals sollte er den